Nr. 37a. XXXIII. Jahrgang **Parlaments-Ausgabe** Berlin, 18. Februar 1904

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

21. Sitzung vom 17. Februar, 11 Uhr.

(Schluß aus der Abend-Ausgabe.)

Abg. **Eckert** (freik.):

Die freikonservative Partei hat es von jeher als ihre vornehmste Aufgabe angesehen, den Mittelstand zu fördern und zu stärken, weil sie die breiten Schichten des Mittelstandes als Bollwerk gegen die immer mehr anstürmende Gefahr der Sozialdemokratie ansieht. (Sehr wahr!) Wir begrüßen es, daß die Abgeordneten Fuchs und Genossen uns Gelegenheit geben, die Wirkungen des Warenhaussteuergesetzes zu prüfen. Wir wünschen deshalb eine gründliche Neuberatung und bitten, den Antrag der um sieben Mitglieder verstärkten Kommission für Handel und Gewerbe zu überweisen. Die Frage, ob die Wirkungen des Warenhaussteuergesetzes unseren Erwartungen entsprechen, müssen wir einfach mit Nein beantworten. (Sehr richtig!) Die Wirkung der Warenhäuser ist eine unheilvolle geworden. (Sehr wahr!) Unzählige Existenzen des gewerblichen Mittelstandes sind zu Grunde gegangen. (Sehr wahr! rechts.) Wir stehen heute vor einem Scheidewege, wir können den vom Abg. Funck gezeigten Weg nach links gehen und das laisser aller proklamieren — diesen Weg werden wir aber nicht gehen (Beifall) — oder wir können den anderen Weg gehen, das Gesetz verschärfen; diesen Weg werden wir gehen. (Beifall rechts.) Wir werden versuchen, aus dem Gesetz eine wirksame Waffe zu machen! (Sehr gut! rechts.) Wenn die Reichsgewerbeordnung ein Hindernis sein sollte, dann dürfen wir uns nicht scheuen, eine Bresche dareinzulegen, dann ist die Gewerbeordnung nicht mehr ein noli me tangere. (Sehr wahr! rechts.) Die Bemerkung des Ministers, daß man die Intelligenz nicht unterdrücken dürfe, bedrückt mich. Ich sehe in den Warenhäusern nur die rücksichtslose Ausnutzung des Großkapitals. Daß das Ausland keine Warenhaussteuer hat, kann uns nicht beunruhigen. Der Ministerpräsident hat gesagt: Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran! (Rufe links: Hinten dran!) Hinten dran mögen Sie sein, wir wollen voran sein. (Sehr gut! rechts.) Möge das Wort des Ministerpräsidenten auch auf diesem Gebiet gelten! Für den Handwerkerstand heißt es allerdings auch: Hilf Dir selbst! Mit diesem Gesetz allein ist es nicht geschehen. Wir müssen jetzt vor allen Dingen auch für Aufklärung sorgen. Niemand von uns darf in den Warenhäusern kaufen. (Sehr richtig!) Die Herren Funck und Genossen verlangen progressive Gewerbesteuer. Aber die haben wir ja! (Sehr richtig! rechts.) Da fällt mir eine kleine Geschichte ein. 1848 zogen die Bremer Bürger vor das Rathaus. Als der Bürgermeister fragte, was sie denn wollten, da riefen sie: Eine Republik! Der Bürgermeister sagte: Der habt Ihr ja! Da antwortete die Menge: Dann wollen wir noch eine! (Heiterkeit.) Den zweiten Teil des Antrages Funck lehnen wir entschieden ab. (Bravo! rechts.) Eine solche Regelung würde den Warenhäusern gerade gelegen kommen. (Beifall.)

Abg. **Hausmann** (natl.):

Es schien mir, als ob die Unterzeichner des Antrages Fuchs heute pater peccavi sagen mußten. Warum haben die Herren meine Anträge bei Beratung des Gesetzes nicht angenommen? Wir wollen erst abwarten, was aus den Anträgen, die im Reichstag über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs gestellt sind, wird. Der Tendenz des Antrags Funck kann ich zustimmen, ich hätte aber gewünscht, daß der zweite Satz fortgeblieben wäre. Da ich gegen diesen Satz große Bedenken habe, so bedaure ich, für den Antrag nicht stimmen zu können. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Hammer** (kons.):

Es fehlt uns heute ein Miquel. Was Herr Funck über meinen Freund Jakobskötter gesagt hat, entspricht nicht den Tatsachen. Jakobskötter hat nur gesagt, die bestehende Warenhaussteuer sei wirkungslos. Das ist auch meine Ansicht. Ich habe diese Ansicht auch schon im Wahlkampf vertreten, mag das Berliner Tageblatt das auch bestreiten. Wir wollen nicht alle Großbetriebe unterdrücken, wir sind doch keine Hinterwäldler! Daß sich mit dem „freien Spiel der Kräfte" auf diesem Gebiete nichts Gutes anfangen läßt, hat sich überall gezeigt. Nur eine progressive Branchensteuer kann den Mittelstand auf die Dauer gegen die Konkurrenz der Warenhäuser schützen. Wenn die Steuer fünf Prozent beträgt, dann wird es den Warenhäusern nicht mehr möglich sein, die Steuer auf die Schultern der Fabrikanten abzuwälzen. Ebenso schädlich wie die Warenhäuser können die Konsumvereine wirken. Auf dem Lande und in den kleinen Städten mögen diese Vereine ihre Berechtigung haben, aber in Berlin oder Breslau sollte man die Konsumvereine nicht großfüttern auf Kosten der Steuerzahler. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Oeser** (Soz. d. fr. Vp.):

Wenn jetzt das Warenhaussteuergesetz verschärft würde, so würden wir in zwei Jahren hier dieselbe Debatte wieder haben. Was haben denn die Gesetze genützt, die die Herren gemacht haben? Welche Wirkung hat das Warenhaussteuergesetz gehabt, welche das Gesetz betreffend den unlauteren Wettbewerb? Die Firma Wertheim kann den Herren nur dankbar sein, daß sie ihr die Konkurrenz vom Halse halten. (Sehr wahr! links.) Denn alle Warenhäuser müssen klein anfangen. Die Firmen, die mit großem Kapital gegründet sind, sind sämtlich zusammengebrochen. Welche Wirkung das Gesetz hat, zeigt das Beispiel der Berliner Firma Bette, Bud u. Lachmann, die sich jetzt in zwei Spezialgeschäfte geteilt hat. Wie schwer es ist, die Gruppierung durchzuführen, beweist die Tatsache, daß schon so viel Verordnungen vorliegen, wie Geschäfte vorhanden sind. (Hört, hört! links.) Ich erwähne bei dieser Gelegenheit, daß auch die Centrale für Spiritusverwertung die großen Händler bevorzugt. Daß man auch die Gewerbeordnung antasten will, bedauere ich. Ich halte die Gewerbeordnung für die größte wirtschaftliche Tat des vorigen Jahrhunderts. Wir predigen nicht das laisser aller, wollen auch keineswegs untätig zusehen, deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. Selbst Minister v. Miquel hat früher erklärt, daß die Gewerbesteuer einen rohen Charakter habe; die Folge dieser schwerfälligen Form ist, daß in Städten wie Magdeburg die Sätze höher gegriffen werden müssen. Wir wollen nicht, daß weiter am lebendigen Wirtschaftskörper herumgeschnitt wird. (Beifall links.)

Geheimrat Dr. **Strutz**:

Dem Vorredner gegenüber bemerke ich, daß wir uns in erster Linie gegen die Herabsetzung der Steuer wenden. Minister v. Miquel hat mit seiner vom Vorredner zitierten Bemerkung nur an eine Umgestaltung der Gewerbesteuer durch Gemeindeautonomie gedacht.

Abg. Graf **Moltke** (freik.):

Ich spreche nicht für meine Fraktion, sondern lediglich für eigene Rechnung und Gefahr. In der persönlichen Abneigung gegen die großen Warenhäuser weiß ich mich mit dem Kollegen Fuchs vollkommen eins, ebenso in der Ueberzeugung, daß der Mittelstand in der weitesten Bedeutung des Wortes der eigentliche Kitt unseres Staatsgebäudes ist, und daß einem Staate, in dem dieser Kitt zerbröckelt wird, eine tödliche Gefahr droht. (Sehr richtig!) Aber nicht jedes Mittel ist dazu recht, das einem am bequemsten zur Hand liegt, und darin unterscheide ich mich von den Antragstellern. Ich lasse mich auf nichts ein, wenn ich nicht etwas klar vor mir liegen sehe, und zu meinem Bedauern muß ich sagen, daß das auf diesem Gebiet nicht der Fall ist. Ich verstehe es überhaupt nicht, wie man einen Antrag auf Aenderung eines bestehenden Gesetzes einbringen kann, wenn man sich selbst nicht klar darüber ist, wie das gemacht werden soll. (Sehr richtig! links.) Je ernster eine Sache ist, desto mehr sollte man bestrebt sein, mit ausgereiften Gedanken und Vorschlägen an sie herantreten. An dem Antrag Fuchs kann ich wohl den guten Willen und allenfalls auch den Mut bewundern, aber ich mache darauf aufmerksam, daß die Antragsteller die Betätigung dieses Mutes nicht von sich, sondern von einem Dritten, von der Regierung verlangen. (Sehr richtig! links und Heiterkeit.) Die Regierung soll nach dem Wunsche der Antragsteller vorgehen nach der bekannten Melodie: „Hannemann, geh' Du voran! (Heiterkeit.) Aber die Regierung hätte dann auch das Risiko, wenn die Sache schief geht, und dieses Risiko ist kein kleines. Gegen Anträge, wo man das Wie und Wo nicht sieht, habe ich eine vielleicht berechtigte, vielleicht auch unberechtigte Abneigung, und die Begründung hat mich vielleicht noch weniger befriedigt als der Antrag selbst. Wenn ich eine Begründung höre, verlange ich, sie soll mich klüger machen; das ist hier nicht geschehen. Sie hat uns ja die Kümmernisse des Mittelstandes auf das lebhafteste klargelegt, sie hat uns auf den Jammer hingewiesen, der den Mittelstand umgibt, aber welche Abänderungen der Gesetzgebung im stande sind, dem Elend abzuhelfen, das vermag ich auch nach allen Ausführungen der Vorredner nicht einzusehen. Daß man die Frage einer sorgsamen Prüfung unterzieht, kann nichts schaden, aber ich weiß nicht, ob etwas dabei herauskommt. Ich für meinen Teil sage jetzt umgekehrt wie die Herren vom Centrum, die den Antrag gestellt haben: non possumus, und ich fürchte, ich werde auch für die Zukunft sagen müssen: ignorabimus! Ein einziges Beispiel dafür, wie sehr von Haß und Gunst der Meinungen verwirrt und verwischt das Charakterbild der großen Warenhäuser in der Geschichte unserer Tage schwankt. (Heiterkeit.) Die Freisinnige Zeitung sagt, der Antrag Fuchs sei nur darauf berechnet, kurzsichtige Wähler zu fangen. Das ist nicht gerade höflich. Dann geht jene Zeitung weiter darauf ein, inwiefern tatsächlich der Mittelstand an den Warenhäusern in den großen Städten ein Interesse habe. Man brauche nur das Publikum in den Warenhäusern zu mustern. Es müßte auch um den Mittelstand schlecht bestellt sein, wenn derselbe bedroht werden könnte durch einzelne Handelsbetriebe, deren Aufgabe ebenso der wirtschaftlichen Entwickelung der Gegenwart entspricht, wie seinerzeit das Abhalten von Jahrmärkten. (Zuruf des Abg. **Cahensly**: Des gewerblichen Mittelstandes!) Ich lese vor, was hier steht, ich kann nichts einfügen, auch nicht Ihnen zuliebe. Die Freisinnige Zeitung führt dann aus, dem Warenhause habe der Versuch der Erdrosselung nur zur Empfehlung gereicht. Diese Ausführungen glossiert nun andererseits das Organ des Bundes der Landwirte, welches sagt, das einzig Richtige sei, daß die Umsatzsteuer auf die Lieferanten abgewälzt worden wäre; deshalb müsse man die Steuer noch weiter erhöhen. Ich für meine Person halte das Eine ebenso irrig wie das Andere, ich traue in diesem Falle, offen gestanden, ebenso wenig den Japanern wie den Russen (Heiterkeit), und möchte dringend wünschen, daß der in der Zeit schwer bedrängte Mittelstand nun auch selbst seine Interessen in die Hand nimmt. (Sehr richtig!) Ich habe noch nie gehört, daß ein Land besonders gedeiht, wenn man den Wolf füttert, wie das die Herren von der Linken, die ja nur zuerst durch die rotgoldene Brille des Großkapitalismus blicken, tun wollen. Aber ebensowenig kann ich mich überzeugen von einem Erfolg von Anträgen wie des vorliegenden. Die Verminderung des Ertrages der Steuer ist doch nur zum Teil auf die Wirkung des Gesetzes, zu erheblichem Teil auf die Judikatur des Oberverwaltungsgerichts zurückzuführen, welches die großen Kaufmannshallen wie Krupp u. s. w. ausgenommen hat. Aber noch mehr sagt das preußische statistische Handbuch, daß 1901 auf dem Lande noch kein steuerbares Warenhaus bestanden hat, dagegen 1902 deren neun. Wenn man die Gründe gegen den Erfolg auch eines steuerlichen Erdrosselungsversuches, die schon so oft ausgeführt sind, zusammenfassen wollte zu einem Bilde, so kann man vielleicht sagen, man macht einen etwas groß und häßlich gewordenen Lieblingshund nicht dadurch unschädlich und hindert ihn am Beißen, daß man ihm den Schwanz kupiert. (Heiterkeit links.) Aber der Hauptgrund meiner Ablehnung des Antrages Fuchs liegt auf ernsterem Gebiet. Der Handwerker- und Kleingewerbestand wird durch die lockende Fata morgana einer anscheinend auf leichterem Wege zu erreichenden Besserung seiner Situation über den Ernst derselben hinweggetäuscht (Sehr richtig! links), und von seiner Hauptaufgabe, der Organisation und Konzentration, der Verbilligung der Produktionsmittel, Aufsuchung bester Absatzgebiete, zweckmäßigster Arbeits- und Betriebsmethode, Durchführung der Barzahlung, auch seitens seiner Kunden, was sehr wichtig ist, zu sehr abgelenkt. (Sehr richtig! links.) Ich bin mir bewußt, daß ich mit meinen Worten bei der Mehrheit des Hauses wenig Freude erregen werde, wahrscheinlich auch im Lande nicht übertriebenen Jubel, wenigstens nicht in diesen Kreisen. Ich will auch nicht beanspruchen, daß meine bescheidenen Worte von der aura popularis getragen werden. Aber es ist vielleicht ganz gut, wenn auch hier von unserer Seite gegen den Strom geschwommen wird in diesem Falle. Der Faschingstimmung parlamentarischer Erfolge durch große Majorität und Abstimmungen, auch der Faschingstimmung, die gelegentlich außerhalb dieses Hauses herrscht, folgt nur zu rasch die Ernüchterung, der Aschermittwoch der realen Wirklichkeit, und dann steht der Mittelstand wieder vor dem bekannten Spruch: Hic Rhodus, hic salta! (Sehr gut! links.) Politik läßt sich nicht in solcher Fasching- und Hurrastimmung machen. Sie läßt sich auch nicht machen mit Groll im Herzen. Ich erinnere an das Wort unseres Meisters Bismarck, daß Politik im Grunde nichts anderes sei als die Kunst, das Erreichbare anzustreben. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Brömel** (fr. Vg.):

Die Kritik, welche der Vorredner an dem bestehenden Gesetz geübt hat, und die Skeptik, mit welcher er einem weiteren Ausbau dieser Steuergesetzgebung entgegensieht, haben so viel treffliche Gründe gegen den Antrag beigebracht, daß ich die kleinen Stiche, die er gegen die linke Seite dieses Hauses geführt hat, dafür gern in Kauf nehme. (Sehr richtig! links.) Was wir so hoch an dem Vorredner schätzen, ist die Unabhängigkeit seiner Gesinnung. Es ist zu bertehen, daß ein solcher Mann die Unabhängigkeit der Individualität zu würdigen weiß. Es ist erklärlich, daß ein solcher Mann weiß, was das Vertrauen zur eigenen Kraft besagen will. Seine Worte sollten eine Mahnung für große Teile dieses Hauses sein, überhaupt nicht mit so unheilvollen Gesetzgebungsvorschlägen an das Haus zu kommen. (Sehr wahr! links.) Heute hieß es, der Mittelstand sei notleidend, von der Not der Landwirtschaft wird hier fortgesetzt gesprochen; wer ist denn eigentlich nicht notleidend? Und da will man überall mit solchen Gesetzen helfen. Die Tat des Chinesen, der sich am eigenen Zopfe aus dem Sumpf zog, ist eine Kleinigkeit dagegen. (Sehr gut! links.) Man unterschätzt hier im Hause allgemein die Bedeutung eines geschickt organisierten Kleinhandels. Darauf beruht zum großen Teil mit die Kraft des Landes. (Sehr wahr! links.) In dieser Frage stehen die Wissenschaft, die Nationalökonomie auf unserer Seite, Professor Biermer hat konstatiert: „In der wissenschaftlichen Welt ist jedenfalls das Gesetz mit einer seltenen Einmütigkeit und mit der denkbar größten Schärfe verurteilt worden." (Hört, hört!) Deshalb soll man sich in Zukunft vor so verfehlten Gesetzen hüten. (Lebhafter Beifall links.)

Die Anträge Funck und Fuchs gehen an die durch sieben Mitglieder verstärkte Kommission für Handel und Gewerbe.

Auf Antrag des Abg. Freiherrn v. **Zedlitz** (freik.) vertagt sich das Haus.

Präsident **v. Kröcher**

teilt mit, daß er morgen beabsichtige, eine Abendsitzung vorzuschlagen. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

Deutscher Reichstag

35. Sitzung vom 17. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Graf v. Posadowsky.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Aenderung der Reichsschuldenordnung.

In der allgemeinen Besprechung ergreift niemand das Wort.

In der Sonderbesprechung zieht

Abg. **v. Strombeck** (Ctr.),

wie er sagt, auf Wunsch seiner Freunde, einen von ihm gestellten Antrag zurück.

Der Entwurf wird insgesamt, wie es scheint, einstimmig angenommen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung ist die Fortsetzung der zweiten Etatsberatung, des Etats des Reichsamtes des Innern, einmalige Ausgaben.

Die Erörterung setzt ein bei dem Titel Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose 150,000 Mark. Der Titel wird ohne Besprechung bewilligt, ebenso eine Anzahl anderer Forderungen. Im Außerordentlichen Etat werden 5 Millionen Mark gefordert zur Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches durch Gewährung von Darlehen an Private und an gemeinnützige Unternehmungen, und zwar a. für die Gesamtheit aller Bundesstaaten 2,857,000 Mark, b. für die Bundesstaaten mit Ausschluß von Bayern und Württemberg 2,143,000 Mark.

Berichterstatter Abg. Frhr. **v. Richthofen**-Damsdorf:

Insgesamt haben 35 Baugenossenschaften Unterstützungen von Reichs wegen erhalten. Von diesen Genossenschaften stammen 5 aus der Zeit vor 1884. Von 1884 bis 1890 sind 9 gegründet worden, von 1900 bis 1903 21. Bis zum 1. Juli 1903 sind aus Reichsmitteln 333 fertige Häuser mit 1268 Wohnungen erstellt worden. Im Bau befindlich waren 218, vorbereitet waren etwa 150 Häuser, die zusammen 1763 Wohnungen fassen. Diese Wohnungen sind ausschließlich zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der niederen Beamten und Arbeiter in Betrieben des Reiches bestimmt. Man mußte sich bei der Ausführung naturgemäß den lokalen Bedürfnissen anschließen; diese können am besten von den Baugenossenschaften beurteilt werden. Infolgedessen sind diese Bauten auch sehr verschiedenartig gestaltet worden. Wir haben, namentlich in Rixdorf, Mietskasernen; die Größe geht immer weiter herab bis zu Einfamilienhäusern. Wir haben sogar Häuser, die allmählich in den Besitz der Mieter übergehen. Dieser Punkt fand in der Kommission erheblichen Widerspruch. Man führte aus, daß es nur die Absicht des Reichstages sei, das Wohnungsbedürfnis der niederen Beamten und Arbeiter zu befriedigen, während man auf der anderen Seite den sozialpolitischen Wert dieser Einrichtungen betonte. Die Meinungsverschiedenheiten in dieser Hinsicht blieben in der Kommission natürlich bestehen.

Abg. **Singer** (Soz.):

Angesichts der Wichtigkeit dieser Frage muß ich hier die grundsätzliche Seite zur Sprache bringen. Es handelt sich darum, ob überhaupt aus öffentlichen Mitteln Gelder zur Verfügung gestellt werden sollen, um den Privaterwerb von Häusern zu fördern. Der Reichstag hatte bisher einstimmig dieser Etatsforderung zugestimmt, aber nur in der Absicht, den niederen Beamten und Arbeitern zu möglichst billigen Wohnungen zu verhelfen. Wir haben keinerlei Veranlassung, Hausbesitzer zu schaffen. Wir wollen doch nicht vergessen, daß der allergrößte Teil der öffentlichen Mittel aus den Zöllen und Verbrauchssteuern, also aus den indirekten Steuern kommt. Es sind also die besitzlosen Klassen, die den Löwenanteil an den Mitteln, die für diesen Zweck verwandt werden, aufzubringen haben. Die Möglichkeit, Eigentümer zu werden, schafft die sogenannte Bodenrente. Diese Rente verteuert aber die Mietspreise. Das Bestreben des Reichstages ist es gerade, billige Wohnungen zu schaffen. Wir müssen also die Möglichkeit der Bildung einer solchen Rente vollkommen ausschalten. Die Arbeiter und unteren Beamten, die in solchen Wohnungen wohnen, dürfen in der Freiheit ihrer Entschließung nicht durch engherzige Vorschriften beschränkt werden; man darf die Leute nicht in die Gewalt ihrer Brotherren bringen unter dem Deckmantel, ihnen billige Wohnungen zu verschaffen. Sonst wandelt sich die Wohltat in ihr Gegenteil. Die Regierung möge diese Seite der Sache beim Abschluß der Verträge beachten und dafür sorgen, daß zwischen den Genossenschaften und ihren Mietern angemessene Kündigungsfristen festgelegt werden. In der Kommission ist auch besprochen worden, daß einzelne Landesversicherungsanstalten ihre Mittel auch für die Zwecke der Schaffung von Arbeiterwohnungen zur Verfügung stellen. Das ist ein sehr erfreuliches Beginnen, das wir lebhaft unterstützen. Es wäre erwünscht, wenn uns die Regierung eine Zusammenstellung über die derart verwandten Mittel zugehen ließe. Jetzt ist es vielfach so, daß einzelne Privatleute diese Mittel der Landesversicherungsanstalten bekommen. Es scheint mir doch zweifelhaft, ob das berechtigt ist.

Staatssekretär des Innern Dr. Graf **v. Posadowsky**:

Es ist der Wunsch meiner Verwaltung, daß mit Unterstützung der Baugenossenschaften dauernde und sozialpolitische Zwecke erreicht werden. Das kann aber nur geschehen, wenn das Reich Herr über Grund und Boden bleibt, und die Häuser nicht in das Eigentum der Genossen frei übergehen. Die Miete der Häuser wird also so zu bemessen sein, daß die Barausgaben der Genossenschaft und die nötigen Tilgungsraten herausspringen. Danach ist auch verfahren. Eine Ausnahme ist nur in zwei Fällen gemacht worden, wo bereits das System der Einfamilienhäuser vorlag und wir dieses System nicht ändern konnten. Das bleibt aber nur die Ausnahme. Früher wurde im Reichstage die Beibehaltung beider Systeme empfohlen, des Systems, daß das Haus allmählich in den Besitz des Genossen übergeht, und des Systems, das wir jetzt noch befolgen. Ich bin der Ansicht, daß der sozialpolitische Zweck nur dann erreicht werden kann, wenn das Reich der dominus des Grund und Bodens und der Häuser bleibt. — Was die Freiheit der Arbeiter betrifft, so schließen nicht wir die Verträge, sondern die Genossenschaft, aber aus dem Inhalt der Verträge ergibt sich, daß die Freiheit des Arbeiters in seinen übrigen Beziehungen in keiner Weise beschränkt werden soll. Es kann seine Witwe, es können auch seine Kinder in dem Hause wohnen bleiben, soweit sie Mitglieder der Genossenschaft sind. Außerdem ist beim Wechsel der Wohnungen dem bisherigen Inhaber immer reichlich Zeit zum Suchen einer neuen Wohnung gelassen. Wir wollen, daß die Genossenschaften ihre Anlagen so verwalten, daß die Arbeiter das Wohnen bei diesen Genossenschaften als eine Wohltat empfinden. Auf die Hergabe von Darlehen der Versicherungsanstalt haben wir keine Einwirkung.